

Allgemeinzuteilung von Frequenzen zur Nutzung unter Tage

Auf Grund des § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) werden hiermit Frequenzen zur Nutzung unter Tage zugeteilt.

Die Amtsblattverfügung 48/2013 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen zur Nutzung unter Tage (Grubenfunk)“ veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 21/2013 vom 06.11.2013 wird widerrufen.

1. Frequenznutzungsbestimmungen

a) Frequenzbereiche

| Frequenzbereich in MHz | Maximale Strahlungsleistung (ERP) in Watt | Maximale Feldstärke bei 1 MHz Referenzbandbreite 1,50 m oberhalb der Geländeoberfläche bzw. an Gruben-, und Schachtausgängen |
|---|--|--|
| 13,553 -13,567 | 5 | 20 dBµV/m |
| 26,957 – 27,283 | 5 | |
| 27,500 – 27,520 | 5 | |
| 34,75 – 34,95 | 6 | |
| 36,61 – 36,79 37,01 – 37,19 37,80 – 38,00 | 0,1 | |
| 40 - 2690 | 10 | |
| 5725 - 5875 | 1 | |
| 24000 - 24250 | 1 | |

b) Frequenznutzungsbestimmungen

Gestattet sind ausschließlich innerbetriebliche Frequenznutzungen in nicht öffentlich genutzten allseits umschlossen unterirdischen Bereichen.

Frequenznutzungen in Tunnelanlagen der öffentlichen Verkehrswege (z.B. Straßen- und Bahntunnel) sind nicht gestattet.

2. Befristung

Diese Allgemeinzuteilung ist bis zum 31.12.2030 befristet.

Hinweise:

1. Die oben genannten Frequenzen werden auch für Funkanwendungen über Tage genutzt. Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Es besteht kein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen. Insbesondere sind bei gemeinschaftlicher Frequenznutzung gegenseitige Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen. Insbesondere sind bei gemeinschaftlicher Frequenznutzung gegenseitige Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und hinzunehmen.
2. Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 60 Abs. 1 S. 3 TKG).
3. Diese Frequenzzuteilung berührt nicht rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- oder Erlaubnisvorbehalte (z.B. baurechtlicher oder umweltrechtlicher Art).
4. Daher dürfen ortsfeste Sendefunkstellen mit einer isotropen Strahlungsleistung (EIRP) von 10 Watt oder mehr nur betrieben werden, wenn die Bundesnetzagentur eine entsprechende Standortbescheinigung erteilt hat. Die Antragsunterlagen zum Standortverfahren und weitere Informationen sind über die Internetseiten der Bundesnetzagentur (<http://emf3.bundesnetzagentur.de/stob.html>) erhältlich.
5. Der Frequenznutzer ist für die Einhaltung der Zuteilungsbestimmungen und für die Folgen von Verstößen, z. B. Abhilfemaßnahmen und Ordnungswidrigkeiten verantwortlich.
6. Der Bundesnetzagentur sind gemäß § 64 TKG auf Anfrage alle zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erforderlichen Auskünfte über das Funknetz, die Funkanlagen und den Funkbetrieb, insbesondere Ablauf und Umfang des Funkverkehrs, zu erteilen. Erforderliche Unterlagen sind bereitzustellen.
7. Beim Auftreten von Störungen sowie im Rahmen technischer Überprüfungen werden für Funkanwendungen unter Tage (Grubenfunk) die Parameter der gemäß Richtlinie 2014/53/EU bzw. des Funkanlagengesetzes (FuAG) verabschiedeten harmonisierten Normen zu Grunde gelegt. Hinweise zu Messvorschriften und Testmethoden, die zur Überprüfung der o. g. Parameter beachtet werden müssen, sind ebenfalls diesen Normen zu entnehmen.